



Liebe Leser:innen,

die Krise auf dem Energiemarkt sorgt aktuell täglich für Schlagzeilen und trifft Verbraucher:innen mit voller Wucht: Millionen Haushalte in Deutschland sind mitten in der Heizperiode von den teils enorm steigenden Strom- und Gaspreisen betroffen.

Der vzbv warnte bereits Ende 2021 vor gravierenden Preissteigerungen und forderte ein schnelles Handeln der Politik. Gut ist, dass die Bundesregierung das Problem erkannt und sowohl Regulierung sowie schnelle Unterstützung angekündigt hat. Der vom Kabinett beschlossene Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Alleinlebende und 175 Euro für Zwei-Personen-Haushalte reicht aber bei weitem nicht aus und greift zu kurz. Die tatsächlichen Kosten übersteigen die Soforthilfen zum Teil um ein Vielfaches.

Um den Energiemarkt krisenfest zu machen, sind zudem mehr Transparenz und eine strengere Aufsicht notwendig. Verbraucher:innen dürfen nicht wegen unseriöser Anbieter und fehlender Marktregulierung das Nachsehen haben. Das schadet auch der Akzeptanz für eine echte Energiewende.

Welche Maßnahmen aus Verbrauchersicht notwendig sind, lesen Sie in dieser Ausgabe von *Verbraucherpolitik kompakt*.

*Ihre Jutta Gurkmann
Leiterin Geschäftsbereich Verbraucherpolitik
Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)*

» [Aktuelle Umfrage: Mehrheit fürchtet finanzielle Belastungen durch Energiepreiskrise](#)

INHALT

- » Im Fokus: Energiepreiskrise
- » Verbraucherpolitik aktuell
- » Der vzbv in den Medien
- » Fakten und Positionen
- » Verfahren und Urteile
- » Termine

IM FOKUS: ENERGIEPREISKRISE



Strom- und Gasanbieter erhöhen reihenweise ihre Tarife für die privaten Haushalte. Das muss sich ändern. Wie das gehen kann, darüber diskutierte der vzbv mit Vertreter:innen der Sozial- und Anbieterverbände sowie der Bundesregierung bei einer Online-Veranstaltung.

- » Energiepreiskrise: Wie Verbraucher:innen besser geschützt werden können

Die Politik hat zugelassen, dass sich unseriöse Geschäftspraktiken auf dem Energiemarkt etablieren. Die Folgen treffen Verbraucher:innen, deren Strom- und Gasverträge von heute auf morgen gekündigt werden, nun besonders hart. Solchen Vertragsbrüchen will die Bundesregierung mit einer Aktualisierung des Energierechts begegnen. Notwendig sind aus Sicht des vzbv Mindeststandards, die die Leistungsfähigkeit von Anbietern sicherstellen, gleichzeitig dem Wettbewerb aber nicht schaden.

Verbraucher:innen, die durch Kündigung oder Lieferstopp ihres bisherigen Energieversorgers in einen Grund- oder Ersatzversorgungstarif rutschen, zahlen teilweise doppelt so viel wie Bestandskunden. Dieses Zweiklassensystem zwischen Bestands- und Neukunden ist aus Sicht des vzbv rechtswidrig. Der Tarif in der

Ersatzversorgung sollte dem der Grundversorgung entsprechen. Denn eine Tarifsplittung würde die Wechselbereitschaft von Verbraucher:innen verringern und wäre damit nicht im Sinne eines liberalisierten Energiemarktes.

» Energiekrise: Verbraucher:innen dürfen nicht einseitig benachteiligt werden | Positionspapier des vzbv | 20. Januar 2022

Bei der Soforthilfe muss die Politik nachlegen. Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen, dass der beschlossene Heizkostenzuschuss zum Wohngeld deutlich erhöht werden muss auf mindestens 500 Euro pro Haushalt. Haushalte mit niedrigem Einkommen, die keine Transferleistungen erhalten, werden nach jetzigem Stand gar nicht berücksichtigt. Zudem muss ein Moratorium für Energiesperren eingeführt werden, das verhindert, dass zahlungsunfähige Verbraucher:innen frieren oder im Dunkeln sitzen.

» vzbv fordert 500-Euro-Heizkostenzuschuss pro Haushalt

Wie Betroffene bei der Suche nach neuen und günstigeren Tarifen vorgehen sollten, lesen Sie auf verbraucherzentrale.de.

» So finden Sie den passenden Strom- oder Gastarif

Die Energiepreiskrise ist auch eine Krise der fossilen Energieträger. Der vzbv begrüßt daher die Pläne der Bundesregierung, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien Tempo zu machen. Wichtig ist, dass Verbraucher:innen durch bessere Mieterstromangebote und Bürgerstromtarife schnell spürbar von den Neuerungen der Klimawende profitieren.

» Habecks Turbo ist gut, aber er muss die Handbremse lockern

VERBRAUCHERPOLITIK AKTUELL



INTERNET: NOCH LUFT NACH OBEN BEI BREITBAND-GRUNDVERSORGUNG

Derzeit arbeitet die Bundesnetzagentur an einer Rechtsverordnung, die die Anforderungen an den Universaldienst konkretisiert. In einem Konsultationsbericht schlägt die Agentur eine Mindestbandbreite von 10 Mbit/s im Download für eine Breitband-Grundversorgung vor. Diese Vorschläge sind nach Einschätzung des vzbv zu niedrig und beruhen nicht auf objektiven Daten, wie zum Beispiel einer Mehrfachnutzung pro Haushalt. Der vzbv fordert eine Grundversorgung von 30 Mbit/s.

» [Noch Luft nach oben bei Breitband-Grundversorgung](#)



PFLEGE: BUND MUSS HEIMBEWOHNER:INNEN ENDLICH SPÜRBAR ENTLASTEN

Kaum im neuen Jahr angekommen, müssen die Bewohner:innen von Pflegeheimen noch kräftiger in die eigene Tasche greifen. Wie aus neuesten Daten des Verbands der Ersatzkassen (vdek) hervorgeht, ist der durchschnittliche Eigenanteil von Pflegebedürftigen in

der stationären Pflege im Januar um über 5 Prozent auf fast 2.200 Euro pro Monat gestiegen. Die neue Bundesregierung muss endlich eine tiefgreifende Pflegereform in Angriff nehmen, um den Gesamteigenanteil der Pflegebedürftigen in der stationären Pflege zu deckeln und zu senken.

» [Bund muss Heimbewohner:innen endlich spürbar entlasten](#)



ERNÄHRUNG: BUNDESMINISTER ÖZDEMİR BEIM VERBRAUCHERPOLITISCHEN FORUM DES VZBV

Der vzbv fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gemachten Versprechen zu einer besseren, gesünderen und nachhaltigeren Ernährung schnell umzusetzen. Der neue Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, kündigte an, Kinder und Jugendliche besser vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt zu schützen und eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen.

» [Bundesminister Özdemir beim Verbraucherpolitischen Forum des vzbv](#)

[Weitere Meldungen lesen](#)

#MITGEZÄHLT

62%

Energiekrise: Laut einer Umfrage im Auftrag des vzbv haben 62 % der Verbraucher:innen Sorge vor steigenden Energiepreisen.

» [Mehr erfahren](#)



GETWITTERT

LADEINFRASTRUKTUR



„Um Verbraucher:innen die Entscheidung hin zum E-Auto einfach zu machen, ist eine ausreichende und leicht zugängliche Ladeinfrastruktur unverzichtbar. Einfaches Bezahlen, faire Preise und transparente Informationen sind dabei die Schlüsselfaktoren.“

Marion Jungbluth

Leitung Team Mobilität und Reisen beim Verbraucherzentrale Bundesverband

Folgen Sie [@vzbv](#) und unseren Expert:innen bei Twitter.

DER VZBV IN DEN MEDIEN

ENERGIEPREISKRISE: PRIVATE HAUSHALTE SCHÜTZEN UND STÜTZEN

Deutschland und Europa erleben derzeit eine Energiepreisexplosion wie zuletzt während der Ölkrise in den 1970er Jahren. Die Preise für Öl, Gas, Kohle und Strom klettern in schwindelerregende Höhen. Erdgaspreise haben sich im vergangenen Jahr am Großmarkt verdoppelt, am Spotmarkt gibt es noch größere Steigerungen.

Frankfurter Rundschau / 4. Februar 2022

» [Frankfurter Rundschau](#)

RECHT AUF REPARATUR ZÜGIG UMSETZEN

Das Verbraucherschutzministerium (BMUV) will das Recht auf Reparatur vorantreiben. Der vzbv begrüßt dieses Vorhaben. Es darf aber nicht bei Ankündigungen bleiben. Die Regierung müsse zügig die Weichen für haltbare und reparierbare Produkte stellen, so Elke Salzmann, Referentin Ressourcenschutz des vzbv.

Frankfurter Allgemeine Zeitung / 10. Januar 2022

» [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#)

» [vzbv-Umfrage zeigt: Verbraucher:innen wollen haltbare und reparierfähige Produkte erkennen können](#)



FAKTEN UND POSITIONEN

- » [Umfrage: Mehrheit will Mobilitätsverhalten aufgrund hoher Kraftstoffpreise ändern](#)
- » [Untersuchungsbericht: Kundenkommunikation mit Hürden \(PDF 583 KB\)](#)
- » [Faktenblatt: Update für den Verbraucherschutz im Internet \(PDF 204 KB\)](#)

Weiteres Gericht kippt Verwahrenngelte für Girokonten

Musterfeststellungsklage gegen Parship: Anmeldung im Klageregister jetzt möglich

Anmeldung zur Klage gegen Berliner Sparkasse jetzt möglich

TERMINE

3. März 2022

Auszeichnung *Verbraucherschule 2022*: vzbv ehrt Schulen für ihr Engagement in der Verbraucherbildung (15-17 Uhr)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
Pressestelle
Rudi-Dutschke-Straße 17
10969 Berlin

Tel.: (030) 25 800-525

Impressum | Kontakt

www.vzbv.de | www.twitter.com/vzbv | www.youtube.com/vzbv

Sollten Sie kein Interesse an weiteren Informationen zu Aktionen und Aufrufen des vzbv haben, können Sie sich hier abmelden.

Wenn Sie sich für alle Newsletter abmelden wollen, können Sie das hier erledigen.